



Niederschrift

30. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 19.05.2022
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:58 Uhr
Ort, Raum: Stadtjugendring Potsdam e.V., Seminarraum 122 / 123, Schulstr. 9,
14482 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Tiemo Reimann SPD

Ausschussmitglieder

| | | |
|------------------------|-------------------------|-----------------------|
| Frau Dr. Sigrid Müller | DIE LINKE | |
| Frau Birgit Eifler | Bündnis 90/Die Grünen | |
| Herr Frank Otto | Bündnis 90/Die Grünen | |
| Herr Matthias Kaiser | CDU | anwesend ab 17:45 Uhr |
| Frau Annina Beck | DIE aNDERE | |
| Frau Katharina Tietz | anerkannte freie Träger | |
| Frau Sabine Frenkler | anerkannte freie Träger | |
| Frau Cornelia Krönes | anerkannte freie Träger | |
| Frau Julia Schultheiss | anerkannte freie Träger | |
| Herr Bodo Ströber | anerkannte freie Träger | |

stellv. Ausschussmitglieder

| | | |
|-------------------|------------|------------------------|
| Frau Jana Schulze | DIE LINKE | |
| Herr René Kulke | DIE aNDERE | anwesend bis 17:30 Uhr |

beratende Mitglieder

| | | |
|-----------------------|-------------------|-----------------------|
| Herr Ron Bulgrin | Jugendvertreter | |
| Herr Robert Witzsche | Kita-Elternbeirat | |
| Frau Fereshta Hussain | Migrantenbeirat | |
| Frau Katrin Hayn | Gesundheitsamt | abwesend ab 19:26 Uhr |

Beigeordnete

Frau Noosha Aubel Geschäftsbereichsleitung 2

Fach-/Bereichsleitende

Herr Robert Pfeiffer Fachbereichsleitung 23

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

| | | |
|------------------------|-------------------------|--------------|
| Herr Leon Troche | SPD | entschuldigt |
| Herr Stefan Wollenberg | DIE LINKE | entschuldigt |
| Frau Madeleine Floiger | Freie Demokraten | entschuldigt |
| Frau Ute Parthum | anerkannte freie Träger | entschuldigt |

beratende Mitglieder

| | | |
|--------------------------|---------------------------|--------------|
| Frau Karina Berg | HVD Potsdam e.V. | entschuldigt |
| Frau Juliane Mutschischk | Polizeiinspektion Potsdam | entschuldigt |

Fach-/Bereichsleitende

| | | |
|-----------------------|------------------------|--------------|
| Frau Annegret Lauffer | Fachbereichsleitung 23 | entschuldigt |
|-----------------------|------------------------|--------------|

Schriftführer/in:

Frau Eva Thäle

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.04.2022
- 3 Aktueller Stand zur Freizeiteinrichtung Bornstedter Feld durch den Entwicklungsträger
- 4 Informationen des Jugendamtes
 - 4.1 Kinderschutzbericht 2021
 - 4.2 Bericht zu Kindern und Jugendlichen mit Fluchthintergrund Ukraine
- 5 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 6 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat
- 7 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 8.1 Rahmenkonzept Kinderschutz und Frühe Hilfen der Landeshauptstadt Potsdam 2022 bis 2026
Vorlage: 22/SVV/0340
Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung, Jugend und Sport
- 8.2 Maßnahmen- und Förderplan Chancengerechtigkeit 2021-2022
Vorlage: 22/SVV/0346
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 8.3 Sitzungskalender 2023
Vorlage: 22/SVV/0370
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 9 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.04.2022

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind **11 von 15** stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Er informiert zur Tagesordnung darüber, dass nach dem Tagesordnungspunkt 3 zunächst die Tagesordnungspunkte 8.1 „Rahmenkonzept Kinderschutz und Frühe Hilfen der Landeshauptstadt Potsdam 2022 bis 2026, 22/SVV/0340“, 8.2 „Maßnahmen- und Förderplan Chancengerechtigkeit 2021-2022, 22/SVV/0346“ sowie 8.3 „Sitzungskalender 2023, 22/SVV/0370“ behandelt werden und anschließend entsprechend der Tagesordnung fortgefahren wird. Weiterhin soll der Tagesordnungspunkt 4.3 „Stand Ideen für Haushaltsplanung DHH 2023/24“ ergänzt werden.

Er stellt die Änderungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung von Herrn Reimann zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig **angenommen**.

Herr Reimann teilt zur Niederschrift mit, dass diese noch nicht vorliege und in der Junisitzung abgestimmt werde.

zu 3 **Aktueller Stand zur Freizeiteinrichtung Bornstedter Feld durch den Entwicklungsträger**

Frau Runge, Bereichsleiterin Hochbau der ProPotsdam GmbH, und Herr Theobald, Geschäftsführer Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH, stellen den aktuellen Stand anhand einer Präsentation vor (**Anlage 1**).

In der anschließenden Fragerunde wird unter anderem ergänzt, dass der Jugendclub am Standort Rote Kaserne West WA 8 eine Fläche von 360 qm umfassen wird. Die Sporthalle werde von der Stadt verwaltet, d.h. sie werde keinem Verein oder explizit dem Schulsport zugeordnet sein. Die Nutzung werde jedoch kommunal für den Vereinssport zur Verfügung stehen und eine enge Verknüpfung mit der Jugendfreizeiteinrichtung haben. Somit könne diese auch zum Beispiel vormittags für den Schul- oder Kitasport angeboten werden. Es wird angeregt auch Bandprobenräume in der Jugendeinrichtung vorzuhalten und sich die Meinung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBS) zu den geplanten baulichen Varianten einzuholen, was Frau Aabel zusagt. Auf Nachfrage wird bestätigt, dass das Obergeschoss mit der Sporthalle barrierefrei nutzbar sein werde.

Frau Aabel verkündet, dass man zunächst einen freien Träger für die Interimslösung WA 2 der Jugendfreizeiteinrichtung ab dem Spätsommer bzw. Herbst suchen werde. Denkbar wäre, dass dieser dann auch perspektivisch den dauerhaften Standort WA 8 betreiben könne und bereits in die Planung miteinbezogen werde. Um den Prozess der Interessensbekundung für den Interimsstandort beschleunigen zu können, schlägt sie vor die Ausschreibung ausschließlich für Träger mit einem ausgewiesenen Sportschwerpunkt vorzunehmen. Bekanntlich gebe es eine Unterversorgung im Sport in der Landeshauptstadt Potsdam und man habe die Rückmeldung von Trägern mit sportbetonter Jugendarbeit, dass die Bedarfe in der Stadt nicht befriedigt werden können. Sie bittet um ein Mandat der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses dazu.

In der anschließenden Diskussion wird zunächst der Vorschlag von Frau Aabel befürwortet. Man sehe die Vorteile, wenn man die Kapazitäten und Kompetenzen zielgerichtet einsetze. Im Laufe der Diskussion wird jedoch angeregt, dass man auch anderen Trägern die Möglichkeit geben sollte ihren Schwerpunkt in Zukunft ebenfalls auf Sport auszurichten und das Interessensbekundungsverfahren nicht beschränkt werden sollte. Es wird vorgeschlagen die Bewertungsmatrix anzupassen. Die Beteiligung und Ausschreibung sollte jedoch wertschätzend erfolgen.

Mit einem beschränkten Interessensbekundungsverfahren hoffe man laut Verwaltung darauf, dass man in 4 Wochen eine Verbindlichkeit hergestellt haben könnte. Im klassischen Verfahren voraussichtlich erst Ende der Sommerpause.

Herr Reimann bittet um die Abstimmung zu folgendem Mandat:

Der Jugendhilfeausschuss mandatiert der Verwaltung ein beschränktes Interessensbekundungsverfahren für den Interimsstandort WA 2 im Bornstedter

Feld auszulösen. Das Interessensbekundungsverfahren bezieht sich auf die 3 freien Träger der Landeshauptstadt Potsdam mit Schwerpunkt Sport.

Abstimmung:

mit Stimmenmehrheit abgelehnt

zu 4 Informationen des Jugendamtes

zu 4.1 Kinderschutzbericht 2021

Herr Kelch, Kinderschutzkoordinator der Landeshauptstadt Potsdam, stellt den Kinderschutzbericht 2021 anhand einer Präsentation vor (**Anlage 2**).

zu 4.2 Bericht zu Kindern und Jugendlichen mit Fluchthintergrund Ukraine

Herr Pfeiffer informiert, dass seit dieser Woche auch die Auslastung der durch die Landeshauptstadt Potsdam untergebrachten Kinder und Jugendlichen mit Fluchthintergrund im Monitoring berücksichtigt werde. Er appelliert weiterhin an die Kitaträger entsprechende Daten an die Verwaltung zu liefern, da dies aktuell nur durch knapp 50 Prozent der Träger erfolge. Laut der Daten des aktuellen Monitorings sei die Betreuung aller Kinder in den Kindertagesstätten sichergestellt, trotzdem 30 Prozent der Plätze (Stand letzten Mittwoch) wegen Fachkräftemangels nicht zur Verfügung stünden. Zur Berichterstattung im letzten Ausschuss müsse er zu den Eltern-Kind-Gruppen korrigieren, dass aktuell keine Auslastung in den Gruppen erfolge, weil alle im Regelsystem versorgt würden.

Laut aktuellen Daten vom staatlichen Schulamt seien in der Landeshauptstadt Potsdam 179 Schüler*Innen aufgenommen. Davon 95 in der Primarstufe, 81 in der Sekundarstufe I, 3 in der Sekundarstufe II und 0 an den weiterführenden Schulen.

Im Bereich Hilfen zur Erziehung sei ein deutlicher Rückgang der unbegleiteten minderjährigen Ausländer*innen (umA) zu verzeichnen.

Aktuell liege auf Landesebene kein Monitoring zu Kindern aus evakuierten Waisenhäusern vor, weil man keinen Kontakt zu den entsprechenden staatlichen Organisationen in der Ukraine dazu habe. Das MBSJ kümmere sich jedoch intensiv, um Rückmeldungen aus den Konsulaten zu erhalten.

Den Bedarf der zu betreuenden Alterskohorten konnte man über die Ausländerbehörde ermitteln und die Zahlen werden jede Woche über das Monitoring aktualisiert. Grundlage sind die registrierten Personen, die auch eine Zuweisung von der Zentralen Ausländerbehörde (ZABH) hätten.

Frau Frenkler ergänzt, dass man eine große Problemlage im Bereich Hort habe. Diese seien regulär schon belegt und wenig freie Plätze vorhanden.

4.3 Stand Ideen für Haushaltsplanung

Nach dem erneuten Aufruf durch die Verwaltung nach der Strategieklausur des

Jugendhilfeausschusses am 05.05.2022 habe man weitere 4 Bedarfsmeldungen über das Formular erhalten: Babylotsen für Potsdamer Geburtskliniken, Ausbau des Mädchen*treffs Zimticken sowie für 2 anonyme Beratungsstellen. In der kurzen Zeit sei noch keine fach-inhaltliche Bewertung möglich gewesen. Die Vorstellung und Bewertung erfolge im nächsten Jugendhilfeausschuss durch die Verwaltung.

Sonstiges

Frau Schultheiss wird zugesagt, dass man im nächsten Jugendhilfeausschuss zum von ihr in der Aprilsitzung angefragten aktuellen Stand des **E-Parks** berichten werde.

Zur **einheitlichen Elternbeitragsordnung (EBO)** berichtet Frau Aubel auf Nachfrage vom Kitaelternbeirat, dass man dazu auch schon in der Strategieklausur Anfang Mai debattiert habe und anschließend den Kitaelternbeirat sowie die Fraktionen informierte. Sie rekapituliert, dass der Jugendhilfeausschuss im Herbst 2021 die Variante 2.1 votiert hätte. Dabei sind auch die entsprechenden Parameter dazu festgelegt worden; insbesondere die Neukalkulation nach dem „Netto-Prinzip“. Sie sei anschließend dazu mit dem Geschäftsbereich Finanzen ins Gespräch gegangen und Herrn Exner habe deutlich gemacht, dass ein Aufwuchs von 1,2 Millionen Euro vor dem Hintergrund der gesamten aktuellen Herausforderung für den Haushalt nicht bewältigt werden könne. Man sehe sich daher momentan nicht in der Lage die EBO zum Kitajahr 2022/23 umzusetzen. Die Präferenz für die Variante 2.1 stehe und man wolle im Herbst einen Beschluss zur Etatisierung im Doppelhaushalt 2023/24 in der Stadtverordnetenversammlung erreichen. Somit könne man dann zum Kitajahr 2023/24 mit der einheitlichen Elternbeitragsordnung starten.

Herr Witzsche kritisiert, dass es einen politischen Willen gebe, die EBO müsse zum 01.08.2022 vorliegen.

Frau Frenkler verweist auf die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft nach §78 SGB VIII Kita aus einer kürzlich stattgefundenen Sondersitzung dazu.

Herr Pfeiffer stellt noch einmal heraus, dass die Verwaltung vom Jugendhilfeausschuss im Herbst 2021 ein Mandat erhalten habe. Der große Unterschied zu davor sei der Wechsel von Brutto auf Netto gewesen, was auch zur kritischen Haltung des Kämmerers geführt habe. Nichtsdestotrotz wolle man die EBO installieren, alles andere würde gegen das Mandat sprechen.

Herr Reimann weist noch einmal darauf hin, dass zusätzliche Themen unter „Informationen des Jugendamtes“ stets zunächst unter dem Tagesordnungspunkt 2 „...Feststellung der öffentlichen Tagesordnung...“ anzumelden sind und ansonsten in Zukunft nicht berücksichtigt werden können.

PAUSE 18:20 – 18:30 Uhr

zu 5 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

UA JHP

Der Unterausschuss habe am Donnerstag, den 12.05.2022 getagt.

Herr Ströber hielt vorab Rücksprache mit Frau Lauffer zu einigen Themen, da eine Teilnahme der Fachbereichsleitung nicht möglich war und auch keine Vertretung geschickt werden konnte.

Der Dringlichkeitsantrag zur Fortsetzung der Kitarechtsreform sei in der Stadtverordnetenversammlung am 04.05.2022 ungeändert beschlossen worden.

Zum nicht vorhandenen W-LAN im Jugendamt verständigte man sich, dass der Fachbereich 54 E-Government dafür zuständig sei. Die Fachbereichsleitung 23 stelle regelmäßig Anträge zur Ausstattung des Jugendamtes, welche bisher alle abgelehnt worden seien. Herr Ströber habe vorgeschlagen als Unterausschuss an den Fachbereich 54 heranzutreten. Aus seiner Sicht betreffe es nicht nur den Unterausschuss, sondern auch andere Arbeitsgemeinschaften etc. Es könne ein Prüfauftrag über den Jugendhilfeausschuss eingebracht werden, der ermöglichen könne, dass man für Sitzungen im Jugendamt über den IT-Bereich Tickets für die Sitzungsdauer buchen könne.

Frau Schelle sei mit einer Arbeitsgemeinschaft in der Überarbeitung der Matrix der Auswahl für Kitaträger. Das Ergebnis solle in der Kalenderwoche 19 Frau Lauffer vorgelegt werden. Der Unterausschuss wünsche sich das Ergebnis zur Kenntnis. In Vorbereitung auf den Jugendhilfeausschuss wolle man sich rechtzeitig damit befassen.

Zur Vorstellung der Reform des Kinder- und Jugendschutzstärkungsgesetzes (KJSG) habe die Verwaltung für die Junisitzung des Jugendhilfeausschusses einen Referenten organisiert. Der Unterausschuss wolle konkrete Fragen für die Vorbereitung vorbereiten: unter anderem ob sich aus der Neuerung Veränderungen für die Koordination/ Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und dem Jugendhilfeausschuss ergeben. Man wolle hiermit auch die anderen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses zur Vorbereitung von Fragen für die Vorstellung motivieren.

Man wolle sich mit dem Rahmenkonzept Andere Kindertagesbetreuung im Unterausschuss beschäftigen. Wird voraussichtlich laut Rückmeldung vom Bereich Kindertagesbetreuung zum IV. Quartal vorliegen und eine Befassung im Unterausschuss sei dann möglich.

Dem Unterausschuss sei unklar, wie es mit dem Verfahren zur neuen Gremienstruktur weitergehe. Konsens laut der Strategieklausur des Jugendhilfeausschusses am 05.05.2022 sei, dass man die Rückmeldungen der Akteure der letzten Vorstellung in einem Sondertermin einarbeite und einen weiteren Sondertermin ansetze. Herr Ströber fragt, ob es hierfür bereits Terminvorschläge gebe.

Zum Gesamtkonzept Schule-Jugendhilfe haben man erläutert, dass unter

anderem die Fortschreibung von Arbeitsfeldern aus dem Gesamtkonzept auch in weiteren Gremien in der Vorbereitung beraten werden müsse. Näheres dazu werde in der Steuerungsgruppe am 17.5.2022 beraten.

Zum Ganztagskonzept wüsste Herr Ströber gern, wie der aktuelle Stand der Erarbeitung sei (Strategie, Abläufe, Zeitschiene und Mitwirkung).

Der interne Prozess des Jugendförderplanes sei in der Verwaltung abgeschlossen, in der Arbeitsgemeinschaft nach §78 SGB VIII Jugendförderung der aktuelle Stand des Verlaufs berichtet worden. Im Herbst wolle man voraussichtlich im Jugendhilfeausschuss damit vorstellig werden.

Man habe sich gefragt, was mit der Ausfinanzierung der Stellen aus dem ISSA-Konzept passiere, da diese an dem Beschluss des Konzeptes hängen würden.

Mit Blick auf den Jugendhilfeausschuss am 19.05.2022 und das Rahmenkonzept Kinderschutz kritisiere man, dass es ein untragbares Prozedere sei, wenn ein Beschluss im Mai im Jugendhilfeausschuss/im Juni in der Stadtverordnetenversammlung erfolge, jedoch schon vorab zum seit 01.01.2022 in Kraft getreten sei.

Es gebe zu viele Berichte, Maßnahmenpläne etc. in der Landeshauptstadt Potsdam zu Kinder und Jugendlichen und über eine Zusammenführung aller Konzepte in einem Gesamtkonzept sollte nachgedacht werden.

Es wird abschließend eine grundlegende Aussprache für den nächsten Unterausschuss gemeinsam mit der Fachbereichsleitung zur regelhaften Kommunikation und Beteiligung angekündigt.

AG Kita

Frau Frenkler erinnert daran, dass der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Herr Heuer ein Schreiben zur Fortsetzung der Kitarechtsreform an das Land verfassen und versenden wollte.

AG HzE

Die AG hat nicht getagt.

AG JuFö

Frau Schultheiss berichtet zur letzten Sitzung, dass die Verabschiedung von Geschäftsordnungsneuerungen stattgefunden hätte. Für die Mitgliedschaft sei keine Wahl mehr erforderlich. Das zweijährliche Plenum sei jetzt Angelegenheit der ganzen Arbeitsgemeinschaft nach §78 SGB VIII Jugendförderung, d.h. inklusive des öffentlichen Trägers.

Die Vernetzungsgruppe „Helfende Häuser“ zur Koordinierung der Hilfen für die Ukrainer*innen sei offen für neue Beteiligte (Ansprechpartner: Achim Trautvetter). Da alle Hilfen bisher komplett ohne zusätzliche Finanzierung und Personal

gelaufen wären, wäre es wünschenswert, dass hierfür zusätzliche Gelder bereitgestellt bzw. zumindest die Finanzierungszusagen eingehalten würden (Bereich Notunterkunft und Betreuung).

Die Arbeitsgemeinschaft nach §78 SGB VIII Jugendförderung begrüßt den Stadtverordnetenbeschluss zur bedarfsgerechten Finanzierung der PLUS-Projekte ab 2023/2024, was bislang nicht der Fall war/ist.

Reg AG 1

Die AG hat nicht getagt.

Reg AG 2

Die AG hat nicht getagt.

Reg AG 3

Die AG hat nicht getagt.

zu 6 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Herr Bulgrin, Jugendvertreter, berichtet zu 2 Terminen: am Mittwoch, den 01.06.2022 ab 14:00 Uhr finde am Eingang des Hauptbahnhofes auf der Straßenbahnseite eine Veranstaltung namens „Wir kämpfen für psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ statt, welche unter anderem auch vom Jugendbeirat unterstützt werde.

Am Freitag, den 24.06.2022 finde ab 18:00 Uhr im freiLand Potsdam das 72. Stadt Forum Potsdam statt. Thema werde „Jugendräume in Potsdam“ sein.

zu 7 Bericht des Kita-Elternbeirates

Herr Witzsche berichtet, dass am 18.05.2022 die Demo #KitalstVielMehr stattgefunden habe. Weiterhin sei man dabei das Projekt Kitapaten neu zu strukturieren, es aber parallel weiterlaufe. Man habe eine Förderung der Aktion Mensch für 1 Jahr bekommen. Im September wolle man für Potsdamer Pädagog*innen der Kitas und Horte eine Veranstaltung als Dankeschön organisieren und habe ein Crowdfunding dafür gestartet.

zu 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 8.1 Rahmenkonzept Kinderschutz und Frühe Hilfen der Landeshauptstadt Potsdam 2022 bis 2026

Vorlage: 22/SVV/0340

Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung, Jugend und Sport

Herr Kelch bringt die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation ein (**Anlage 3**) und ergänzt die Qualitätsmerkmale (2022) zur Fachberatung Kinderschutz durch insoweit erfahrene Fachkräfte (**Anlage 4**).

Herr Ströber fragt erstens, ob das alte Rahmenkonzept bis heute noch aktiv sei, da das neue vorliegende Konzept noch nicht beschlossen sei. Er moniert zweitens, dass das Teil-/Fachkonzept Insoweit erfahrene Fachkräfte (INSOFA) kein Bestandteil des neuen Konzeptes mehr sein werde. Aus seiner Sicht sei daher kein positiver Beschluss des Jugendhilfeausschusses für das Konzept möglich. Drittens führt er aus, dass die INSOFA einen Arbeitskreis laut Teil-/Fachkonzept zu bilden haben, der auf die Qualität etc. zu achten hat. Seit letztem Jahr sei dieser nicht mehr bedient worden. Seit 01.01.2022 wären sowieso nur noch 2 Träger in der Landeshauptstadt Potsdam dafür zuständig. Im alten Konzept war der öffentliche Träger für Fortbildung und Supervision zuständig. Dies liege laut neuem Konzept in der Verantwortung der Träger. Er fragt, ob sich tatsächlich eine Qualitätssteigerung durch die Herausnahme ergeben könne. Er hält es für schädlich, dass die Anzahl der INSOFA auf 2 Träger mit 12 Fachkräften reduziert wurde. Herr Ströber empfiehlt dem Ausschuss das neue Konzept zu beschließen

Herr Kelch verweist darauf, dass Fachkonzepte seit einigen Jahren nicht mehr Teil des Rahmenkonzeptes seien. Dies sei eine Empfehlung, die unter anderem eine regelmäßige Überarbeitung ermögliche.

Es wird vereinbart, dass man sich hierzu im Detail im nächsten Unterausschuss Jugendhilfeplanung mit der Fachbereichsleitung verständigen werde.

Herr Reimann stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Das Rahmenkonzept Kinderschutz und Frühe Hilfen der Landeshauptstadt Potsdam 2022 bis 2026 (mit Maßnahmenplan).

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen

zu 8.2 Maßnahmen- und Förderplan Chancengerechtigkeit 2021-2022
Vorlage: 22/SVV/0346
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Herr Dr. Lucic, Bildungsmanager der Landeshauptstadt Potsdam, bringt die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation ein (**Anlage 5**).

Frau Dr. Müller lobt die Überarbeitung. Es sei eine sehr gute Grundlage für die Weiterarbeit. Sie regt an, dass man die verschiedenen Zugänge von verschiedenen Akteuren zu den Maßnahmen erfassen sollte. Ein differenziertes Bild ermögliche zielgerichtete Maßnahmen abzuleiten. Herr Dr. Lucic verweist auf das geplante stadtweite Dialogbündnis, welches nach dem Beschluss des Maßnahmen- und Förderplans aufgestellt werde.

Sozialpädagogische Unterstützungsangebote sollten nicht nur in

Gemeinschaftsunterkünften im Fokus stehen, appelliert Frau Beck, sondern auch für die, die in Wohnungen leben. An dieser Stelle sollten auch Dolmetscherleistungen berücksichtigt werden.

Die Umsetzung der Maßnahmen, gemeinsam mit dem Dialogbündnis, erfolge mit einem Budget von 100.000 Euro für jeweils 2021 und 2022 sowie einige Projekte separat mit anderen Haushaltsgeldern. Im Vorfeld habe man gemeinsam mit der Steuerungsgruppe gegen Kinderarmut einen breit angelegten Abwägungsprozess gestartet, um zu analysieren, welche Maßnahmen in Stadt gefördert und/oder ausgebaut werden müssten. Restliche Mittel würden für Bereiche, die nach der Corona Pandemie besonders betroffen seien, eingesetzt. Frau Frenkler weist darauf hin, dass die 100.000 Euro für die steigenden Probleme nicht ausreichen würden und man vor allem zum Ende des Jahres die Situation nochmal neu bewerten müsse. Was brauchen Kinder und Familien in der Stadt, deren vorhandenes monatliches Budget nicht ausreiche. Sie fragt, ob es weitere Pläne gebe die aktuelle Situation zu bewerten. Sie bittet darum die freien Träger in Zukunft weiterhin mit einzubeziehen. Eine erste Bilanz werde laut Dr. Lucic zum Ende des Förderzeitraumes gezogen.

Frau Schultheiss weist daraufhin, dass man Frau Buhr in die zukünftige Arbeit miteinbeziehen müsse. Dies sei bereits durch die Steuerungsgruppe gegen Kinderarmut gewährleistet.

Es wird angeregt den Armutsbericht des Geschäftsbereiches 3 Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit mit dem Maßnahmen- und Förderplan Chancengerechtigkeit abzugleichen.

Herr Reimann verweist abschließend darauf, dass man auch weiterhin die Möglichkeit der Anträge durch die Mitglieder im Ausschuss nutzen solle, um Maßnahmen einzuleiten.

Herr Reimann stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Den Maßnahmen- und Förderplan Chancengerechtigkeit 2021-2022.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen

zu 8.3

Sitzungskalender 2023

Vorlage: 22/SVV/0370

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Reimann bringt den Antrag ein.

Herr Reimann schlägt vor den Termin der Dezembersitzung vom 21.12.2023 auf Donnerstag, den 14.12.2023 vorzuverlegen.

Er stellt die Änderung zur Abstimmung.

Abstimmung:

einstimmig **angenommen**

Im Anschluss wird die so geänderte Drucksache zur Abstimmung gestellt.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2023 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

Herr Reimann schlägt vor den Termin der Dezembersitzung vom 21.12.2023 auf Donnerstag, den 14.12.2023 vorzuverlegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**

zu 9

Sonstiges

Frau Frenkler verweist darauf, dass man aktuell den Landkreistag Brandenburg als Schuldigen für den Stopp der Kitarechtsreform vorschleibe und dieser sich dagegen wehren sollte.

Abschließend plädiert Herr Reimann erneut für eine konzentrierte und fokussierte Arbeit im Ausschuss.